



GLES Kandidatenstudie 2009

Motive, Nominierung, Wahlkampf,
Repräsentation und Demokratie aus der Sicht
der Kandidatinnen und Kandidaten der Bundestagsparteien
zur Bundestagswahl 2009

German Longitudinal Election Study (GLES)
www.gles.eu

gefördert durch die

Deutsche
Forschungsgemeinschaft

DFG

Inhalt

1. Vorbemerkungen
2. Politische Motivation und Nominierung
3. Wahlkampf und Wahlerfolg
4. Politische Repräsentation
5. Demokratie und ihre Defizite
6. Reform von Parlament und Demokratie
7. Fazit

Mit der parlamentarischen Demokratie in Deutschland kann man zufrieden sein, auch wenn Bürgerinnen und Bürgern mehrere Möglichkeiten zur Mitgestaltung gegeben werden sollten.

Abgeordnete sollen vor allem Bürgerinnen und Bürger und nicht Parteien repräsentieren.

Es herrscht eine realistische Einschätzung der Wahlerfolgchance vor. Nichtsdestotrotz kam ein Erfolg für einige überraschend.

Die Wurzel des politischen Engagements liegt im politischen Gestaltungswillen begründet.

Im Wahlkampf werden verschiedenste Mittel – vom Straßenwahlkampf bis hin zu Facebook – genutzt. Interaktion spielt eine zentrale Rolle.

Kompetenz und Leistung sind entscheidend für die Nominierung.

Volksbegehren führen nicht zu schlechten Gesetzen, aber das Parlament soll weiterhin das letzte Wort über Gesetze und politische Maßnahmen haben.

In erster Linie sichern Ausstrahlung und Bürgernähe den Wahlerfolg.



WZB

Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung

Projektteam

Heiko Giebler, Wissenschaftszentrum Berlin (WZB)

Prof. Thomas Gschwend, PhD, Universität Mannheim

Sara Schlote, Wissenschaftszentrum Berlin (WZB)

Prof. Dr. Hermann Schmitt, Universität Mannheim/MZES

Meike Vollmar, Universität Mannheim/MZES

PD Dr. Bernhard Weßels, Wissenschaftszentrum Berlin (WZB)

Dr. Andreas Wüst, Universität Mannheim/MZES

Prof. Dr. Thomas Zittel, Universität Frankfurt a.M.



UNIVERSITÄT
MANNHEIM

1. Vorbemerkungen

Die vorliegende Kandidatenstudie dient dem genaueren Einblick in das politische Handeln, die politischen Orientierungen, Problemwahrnehmungen und Rollenorientierungen der Kandidatinnen und Kandidaten der Bundestagsparteien bei der Bundestagswahl 2009.

Die Kandidatenstudie ist Teil des bislang umfassendsten Projekts der deutschen Wahlforschung, der von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) im Langfristprogramm geförderten German Longitudinal Election Study (GLES), 2009-2017. Zu dieser Wahlstudie gehören neben der Kandidatenstudie selbstverständlich auch repräsentative Bevölkerungsumfragen in Quer- und Längsschnittperspektive, die sowohl den Stand als auch die Entwicklung der politischen Orientierungen und des Wahlverhaltens abbilden können und damit der wissenschaftlichen Untersuchung zugänglich gemacht werden. Diese Elemente werden durch Analysen der TV-Duelle der Kanzlerkandidaten und Inhaltsanalysen der Medienberichterstattung komplettiert.

Die GLES-Kandidatenstudie 2009 baut auf erfolgreiche Vorgängerstudien auf. Dazu zählen die deutschen Kandidatenstudien des Mannheimer Zentrums für Europäische Sozialforschung (MZES) aus den Jahren 2002 und 2005, die Abgeordnetenbefragungen des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) 1996 und 2003 und die Kandidatenstudie zu den Europawahlen 2009 in 27 Ländern, die ebenfalls vom WZB koordiniert und im Rahmen des von der EU geförderten PIREDEU-Projekts durchgeführt wurde. Die jüngste Befragung in dieser Tradition ist der deutsche Studienteil der Parlamentarierbefragungen in 14 europäischen Ländern als Teil des internationalen Forschungsnetzwerks PARTIREP. Diese Umfragen erlauben zusammen genommen die Untersuchung von Veränderungen in der Zeit ebenso, wie die Analyse von Unterschieden zwischen Demokratien in Europa.

Kern der GLES-Kandidatenstudie 2009 bilden Fragen zur Selektion und Nominierung, Wahlkampfaktivitäten, zu politischen Einstellungen in Bezug auf Demokratie und Repräsentation sowie Fragen zur politischen Erfahrung und dem soziodemographischen Hintergrund. Damit geht es in dieser Studie um Voraussetzungen und Funktionsweisen von politischer Repräsentation in Deutschland.

Die Ergebnisse von Kandidatenbefragungen dienen zweierlei Zwecken:

1. Sie haben einen beschreibenden Wert, der für die gesellschaftliche wie wissenschaftliche Öffentlichkeit von Interesse ist.
2. Sie liefern die Grundlage für die wissenschaftliche Beantwortung einer Vielzahl von Fragen nach der Funktionsweise unserer Demokratie und der Rolle von Kandidatinnen und Kandidaten auf einer gesicherten empirischen Basis.

Der vorliegende Bericht erhebt nicht primär einen wissenschaftlich-analytischen Anspruch, sondern stellt beschreibend wichtige Ergebnisse zu politischer Motivation, Nominierung, Wahlkampfaktivitäten und Wahlerfolg sowie zu Einstellungen zu politischer Repräsentation, der Beurteilung der Demokratie und zu Vorschlägen zu ihrer Reform in den Vordergrund. Im Anhang werden zudem die wichtigsten Informationen zu Rücklauf und Repräsentativität der Befragung dokumentiert.

Ein besonderer Dank gilt an dieser Stelle den Kandidatinnen und Kandidaten, die an der Befragung teilgenommen haben, dafür, dass sie die Zeit gefunden und sich die Mühe gemacht haben, die Fragen zu beantworten. Für all diejenigen, die aus welchen Gründen auch immer nicht an der Befragung teilgenommen haben, mag dieser Bericht Anreiz sein, an der für 2013/2014 geplanten Deutschen Kandidatenstudie teilzunehmen.

Das Team der Kandidatenstudie 2009

2. Politische Motivation und Nominierung

Eine Demokratie lebt nicht zuletzt vom individuellen und kollektiven Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger. Dieses Engagement kann vielerlei Gestalt sein, in der repräsentativen Demokratie stehen jedoch Wahlen und mit den Wahlen auch politische Parteien im Vordergrund. Die politischen Parteien haben eine, wenn nicht die zentrale Rolle bei der politischen Willensbildung und den politischen Entscheidungsprozessen. Eine Parteimitgliedschaft ist damit der wohl wichtigste, wenngleich nicht einzige Weg in die Politik. Was aber bewegt Menschen, und im konkreten Fall Kandidatinnen und Kandidaten bei der Bundestagswahl, dazu, einer politischen Partei beizutreten?

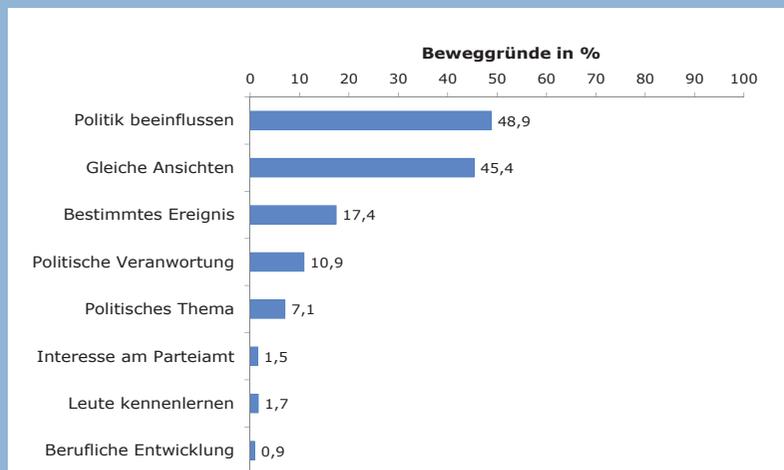
Schon ein erster Blick auf die Ergebnisse unserer Befragung (Schaubild 1) macht deutlich, dass es den meisten Kandidatinnen und Kandidaten darum geht, Politik und die bundesdeutsche Gesellschaft mitzugestalten. Fast 50 Prozent geben als wichtigsten Beweggrund ihres Parteieintritts an, Politik beeinflussen zu wollen.

Für den Parteieintritt spielten weniger konkrete politische Themen, Probleme oder Ereignisse eine Rolle, als der Umstand, mit der jeweiligen Partei eine Organisation gefunden zu haben, die in einem generellen Sinne den eigenen Ansichten nahe steht. Entgegen der oftmals im öffentlichen Diskurs geäußerten Meinung, parteipolitisches Engagement sei lediglich Ausdruck individueller Karriereaspirationen, sind derartige Beweggründe von untergeordneter Relevanz. Nur wenige geben an, ihrer Partei etwa mit dem Ziel eines Parteiamts beigetreten zu sein. Dass es den Kandidatinnen und Kandidaten bei ihrem Parteieintritt vor allem um politische Ziele ging und nicht um eine individuelle politische Kar-

riere, kann als ein gutes Zeichen für die deutsche Demokratie angesehen werden, von der im Rahmen der Debatte über Parteien-, Politiker- und Politikverdrossenheit eher das gegenteilige Bild vermittelt wird. Vom Zeitpunkt des Parteieintritts bis zu einer Kandidatur für ein Mandat im Deutschen Bundestag ist es ein langer Weg. Die sprichwörtliche „Ochsentour“ vom Parteibeitritt bis zum Einzug in den Deutschen Bundestag dauert im Durchschnitt länger als ein Jahrzehnt. Dabei gilt es oft, bei einer Entscheidung für die Kandidatur für Partei- oder politische Ämter die Belange von Familie und Beruf mit der politischen Arbeit unter einen Hut zu bringen. Das setzt eine hohe Eigenmotivation voraus. Insgesamt etwa 80 Prozent der Kandidatinnen und Kandidaten geben entsprechend auch eigene Beweggründe als zentral für ihre Entscheidung an, davon etwa die Hälfte, dass dabei aber auch die Ermutigung durch andere eine Rolle gespielt hat. Die alleinige Ermutigung durch andere war lediglich für ein Fünftel hinreichender Anstoß für ihre Bereitschaft zur Kandidatur (Schaubild 2).

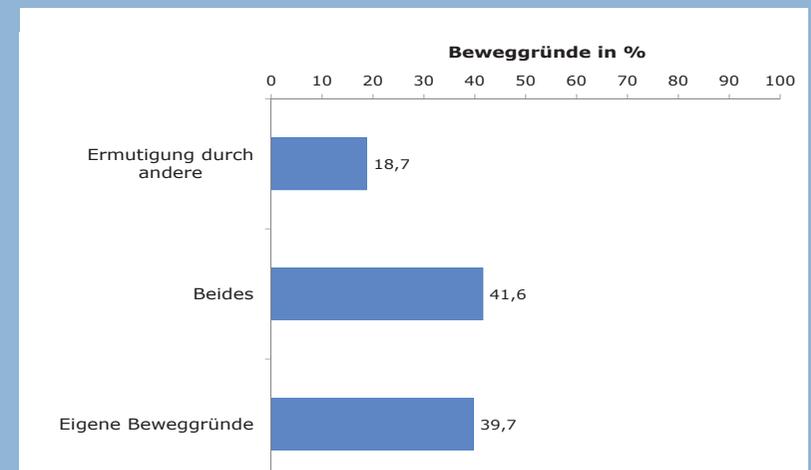
Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg – aber nicht immer. Der Weg in die Politik beinhaltet einen Prozess der Auswahl und auch der politischen Konkurrenz innerhalb der Parteien, die nach dem Parteiengesetz intern demokratisch organisiert sein müssen. Die individuelle Bereitschaft zur Kandidatur muss im Nominierungsprozess innerhalb der Parteien auf positive Resonanz stoßen. Was sind die Eigenschaften, die Kandidaturwillige mitbringen müssen, um von ihrer Partei auch aufgestellt zu werden? Für fast 80 Prozent der Befragten spielt die Sachfragenkompetenz eine zentrale Rolle für eine erfolgreiche Nominierung (Schaubild 3). Dies sichert nicht nur einen inhaltlich soliden Wahlkampf, insbesondere in der

Schaubild 1: Beweggründe für den Parteibeitritt



Quelle: GLES-Kandidatenstudie, Bundestagswahl 2009

Schaubild 2: Beweggründe für die Kandidatur zum Deutschen Bundestag



Quelle: GLES-Kandidatenstudie, Bundestagswahl 2009

Auseinandersetzung mit politischen Gegnern und den Medien, sondern auch – so ein Mandat errungen werden kann – einen effektiven Beitrag für die parlamentarische Arbeit. Aus der Sicht der Kandidatinnen und Kandidaten ist es an zweiter Stelle die Fähigkeit, Wähler für die Partei zu gewinnen. Wählerstimmen und sich daraus ergebende Mandate sind notwendige Bedingungen für die Möglichkeit, Politik zu gestalten. Dieses Ergebnis korrespondiert mit den Beweggründen, ursprünglich einer Partei beizutreten. Die Bedeutung von Faktoren wie der Leistung in der Partei- und Wahlkreisarbeit für die Nominierung verstärkt diesen Eindruck. Die individuelle Leistung innerhalb der Partei bzw. im Wahlkreis wird jeweils von 70 bzw. 56 Prozent der Kandidatinnen und Kandidaten als zumindest wichtig eingeschätzt. Es ist also eine Kombination aus Fähigkeit und Leistung, die in die Kandidatur führen.

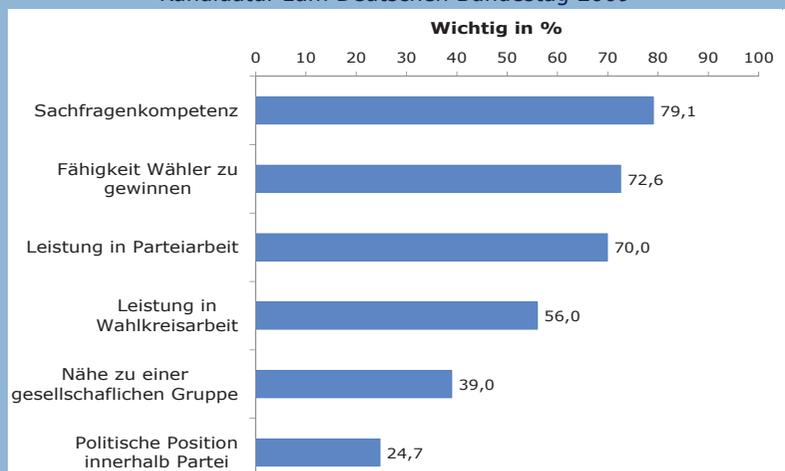
Interessanterweise spielt die politische Position innerhalb der Partei im Vergleich nur eine geringe Rolle – die Unterschiede zwischen reiner Listen- und reiner Wahlkreiskandidatur sind allerdings in zwei Punkten beträchtlich. So ist die Position innerhalb der Partei für die Nominierung auf einer Parteiliste für 36 Prozent wichtig, für die Nominierung für eine Wahlkreiskandidatur wird das nur von 16 Prozent als wichtig angesehen. Umgekehrt erachten 77 Prozent der für einen Wahlkreis Nominierten die Fähigkeit, Stimmen zu gewinnen als wichtig, unter den auf den Listen Nominierten sind es lediglich 57 Prozent. Diese Einschätzung entspricht Ergebnissen früherer Studien und ihre Erklärungen sind plausibel: bei Wahlkreiskandidatinnen und -kandidaten hängt eine erfolgreiche Kandidatur direkt von den Wählerinnen und Wählern ab, bei den Listenkandidaturen hängt der Einzug in den Deutschen Bundestag hingegen davon ab, auf welchen Listenplatz die Nominierten gesetzt werden.

Von geringerer Relevanz für die Nominierung ist nach Einschätzung der Kandidatinnen und Kandidaten die Nähe zu einer spezifischen gesellschaftlichen Gruppe. Dass dem so ist, hat wahrscheinlich zum einen damit zu tun, dass die im Bundestag vertretenen Parteien – anders als in den Parteiensystemen mancher anderer Länder und den Anfängen der Bundesrepublik (Heimatsvertriebene, Bayernpartei) – sich selbst nicht als klientelistische Parteien sehen, sondern als Parteien, die das breite Spektrum gesellschaftlicher Interessen zu vertreten suchen. Eine weitere mögliche Erklärung ist die Definition des Mandats im Grundgesetz, wonach Abgeordnete Vertreter des ganzen Volkes sind.

Wenngleich Fähigkeiten und Leistung eine wichtige Rolle für die Nominierung spielen, mussten sich viele der Kandidatinnen und Kandidaten gar nicht einem vergleichenden Wettbewerb um die Nominierung aussetzen. Ein Blick auf Schaubild 4 macht deutlich, dass, selbst wenn die Relevanz dieser Kriterien gegeben ist, nur knapp 60 Prozent der Kandidatinnen und Kandidaten in der Konkurrenz zu anderen den Nachweis dieser Kriterien erbringen müssen. Das trifft insbesondere auf die Nominierung im Wahlkreis zu.¹ Es sind insgesamt nur etwa ein Drittel der Wahlkreiskandidaturen gegenüber mehr als der Hälfte der Listenkandidaturen, die im Wettstreit zwischen mindestens zwei Nominierungswilligen vergeben werden. Für diesen doch eher gering ausgeprägten innerparteilichen Wettbewerb mag es gute Gründe geben.

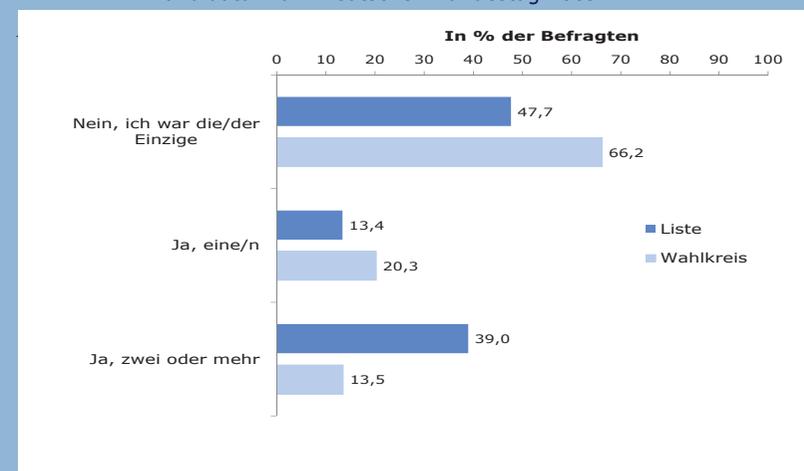
1. In der Grafik wird zwischen Listen- und Wahlkreiskandidaturen unterschieden. Realiter treten aber viele Kandidatinnen und Kandidaten (mehr als 50 Prozent) auf einer Liste wie auch im Wahlkreis an. Entsprechend wurden bei diesen Personen die Informationen für beide Formen der Kandidatur abgefragt. Die Informationen zur Listenkandidatur findet sich dann in den dunklen, die zur Wahlkreiskandidatur in den hellen Balken wieder.

Schaubild 3: Wichtige Eigenschaften für die Nominierung für die Kandidatur zum Deutschen Bundestag 2009



Quelle: GLES-Kandidatenstudie, Bundestagswahl 2009

Schaubild 4: Anzahl der Gegenkandidatinnen oder -kandidaten bei der Kandidatur zum Deutschen Bundestag 2009



Quelle: GLES-Kandidatenstudie, Bundestagswahl 2009

Einer davon wäre, dass letztendlich doch, trotz der bereits hohen Zahl, zu wenige zu einer Kandidatur bereit sind, ein anderer, dass – insbesondere im Wahlkreis – bestimmte Personen so gut etabliert sind, dass Alternativkandidaturen für die Nominierung faktisch sinnlos wären. Für beide möglichen Gründe lässt sich aber anmerken, dass es sicherlich wünschenswert wäre, wenn die innerparteiliche Demokratie im Sinne einer Auswahl zwischen Alternativen eine größere Rolle spielen würde.

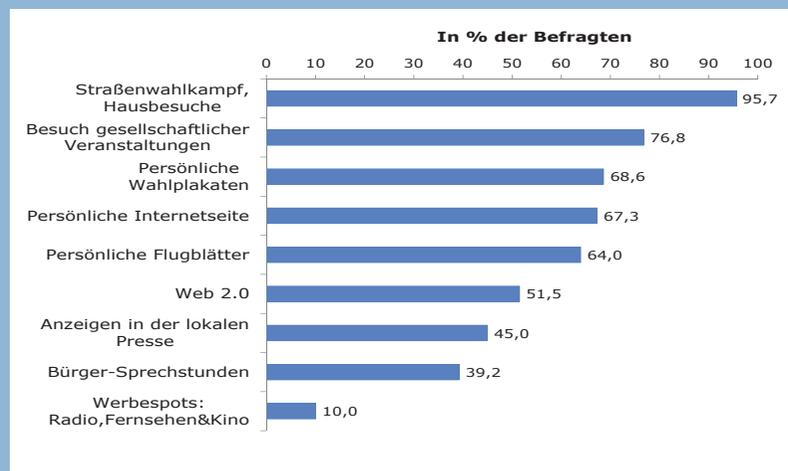
3. Wahlkampf und Wahlerfolg

„It's the vote, stupid.“ Mit dieser Abwandlung des berühmten Zitats von Bill Clinton in seinem 1992er Präsidentschaftswahlkampf („It's the economy, stupid“) lässt sich das Ziel und Motto politischer Parteien und der für sie kandidierenden Personen im Vorfeld einer Wahl pointiert umreißen. Dabei sind Wahlkämpfe mehr als nur eine Werbeveranstaltung für Parteien und Kandidatinnen und Kandidaten. Sie stellen deshalb einen zentralen Bestandteil der repräsentativen Demokratie dar, weil sie den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit geben, sich über das politische und personelle Angebot der Parteien zu informieren und damit eine Willensbildung ermöglichen. Wahlkämpfe sorgen mit ihrer Mobilisierung erst für den Grad der Informiertheit, der für eine wohl abgewogene Entscheidung im Wahllokal nötig ist. Nur dadurch ist sichergestellt, dass sich im Wahlergebnis auch die Bürgerinteressen widerspiegeln und im Bundestag vertreten werden.

Trotz der zunehmenden Bedeutung der Medien werden Wahlkämpfe immer noch von Personen geführt, ohne sie sind sie undenkbar, ohne sie hätten die Medien auch wenig zu berichten.

Nicht zuletzt deshalb ist das Engagement der Kandidatinnen und Kandidaten zentral. Das hat auch damit etwas zu tun, was der Wahlkampf über die allfällige Medienberichterstattung hinaus leistet, was wiederum mit den im Wahlkampf genutzten Mitteln zu tun hat. An erster Stelle ist hier der unmittelbare Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern zu nennen, der für letztere die direkte Verbindung von Personen und Politik ermöglicht. Straßenwahlkampf und Hausbesuche sind entsprechend die von den Kandidatinnen und Kandidaten im Bundestagswahlkampf 2009 am häufigsten genutzten Mittel, an zweiter Stelle steht der Besuch gesellschaftlicher Veranstaltungen (Schaubild 5). Als klassische Instrumente werden vor allem auch persönliche Wahlplakate (fast 70 Prozent) und Flugblätter (64 Prozent) genutzt. Was aber eine bisher unbekannte Bedeutung für die Wahlkampfarbeit erlangt hat, sind Mittel, die erst mit den neuen elektronischen Medien zur Verfügung stehen: fast 70 Prozent der Befragten verfügen über und nutzen eine persönliche Internetseite im Bundestagswahlkampf, und mehr als die Hälfte bedienen sich der Möglichkeiten des Web 2.0, also Angeboten wie z.B. Facebook, Blogs oder Youtube. Klassische Medien wie Anzeigen in der lokalen Presse und insbesondere Werbespots in Radio, Kino oder Fernsehen spielen hingegen eine deutlich geringere Rolle. Die geringe Nutzung letzterer lässt sich wohl auch durch die im Vergleich exorbitant hohen Kosten erklären. Die Wahlkampfführung zum Deutschen Bundestags 2009 setzt also insgesamt mit dem klassischen Straßenwahlkampf und Veranstaltungen einerseits und dem starken Einsatz von Mitteln, die das Web 2.0 bietet andererseits, stärker auf direkten Austausch und Interaktion als auf die Einbahnstraße von Kandidatin oder Kandidaten zu den Bürgerinnen und Bürgern.

Schaubild 5: Im Bundestagswahlkampf 2009 genutzte Wahlkampfmittel



Es sind insgesamt 60 Prozent der Kandidatinnen und Kandidaten, die sich zumindest für einen gewissen Zeitraum dem Wahlkampf Vollzeit widmen (können). Ein Fünftel startet seine Wahlkampfaktivitäten bereits mehr als drei Monate vor dem eigentlichen Wahltermin. Der Großteil ist jedoch erst in der heißen Phase des Wahlkampfes nach der Sommerpause im ‚Vollzeitwahlkampf‘ (Schaubild 6). Allerdings geben auch etwa 40 Prozent der Kandidatinnen und Kandidaten an, sich zu keiner Zeit dem Wahlkampf Vollzeit gewidmet zu haben.

Ob sie dazu aufgrund anderer Verpflichtungen nicht in der Lage oder aufgrund geringer Erfolgsaussichten nicht bereit waren, bleibt eine offene Frage, wengleich sich zeigt, dass die meisten Kandidatinnen und Kandidaten der Ansicht waren, dass sie keine Chance hätten, ein Mandat zu gewinnen (Schaubild 7). Mehr als zwei Drittel der nicht gewählten Kandidatinnen und Kandidaten schätzten ihre Chance als aussichtslos ein. Angesichts der Zahl von 2077 Kandidatinnen und Kandidaten der im Bundestag vertretenen Parteien und einer Mandatszahl von regulär 598 ergibt sich eine Chance von knapp 29 Prozent. Damit ist die Chanceneinschätzung durch die Kandidatinnen und Kandidaten ziemlich realistisch. So hat nur ein sehr geringer Anteil der nicht Gewählten die eigene Chance auf ein Mandat überschätzt. Die durch die Wahlchance gestiftete oder durch geringe Chance reduzierte Motivation kann aber nur eine unvollständige Erklärung dafür bieten, warum nur etwa 40 Prozent kein volles Engagement im Wahlkampf gezeigt haben, wo doch der Anteil nicht Gewählter bei etwa 70 Prozent lag.

Trotz oder gerade wegen dieses Realismus dürften etliche Kandidatinnen und Kandidaten positiv überrascht worden sein. Es waren nämlich auch fast ein Drittel der gewählten Kandidatinnen und

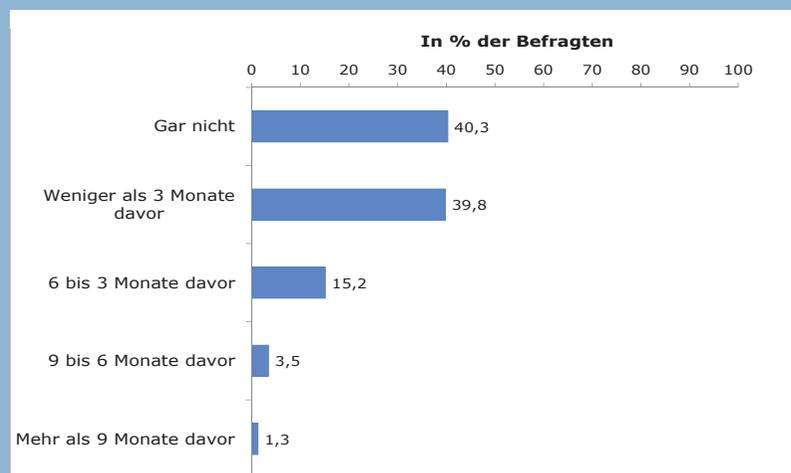
Kandidaten der Ansicht, nicht gewinnen zu können. Differenziert nach politischen Parteien zeigt sich, dass es vor allem diejenigen waren, die für die FDP, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen kandidiert haben.

Alle drei Parteien haben bessere Wahlergebnisse als allgemein erwartet erzielt und augenscheinlich so gute, dass selbst die eigenen Kandidatinnen und Kandidaten nicht damit gerechnet haben.

Es zeigt sich aber auch, dass ohne einen Vollzeitwahlkampf die Chance auf den Gewinn eines Mandats sehr gering ist. Mehr als 90 Prozent der Personen, die nie Vollzeit in den Wahlkampf eingestiegen sind, waren mit ihrer Kandidatur auch nicht erfolgreich. Damit die Kausalität zu unterstellen, die Kandidatinnen und Kandidaten, die keinen Vollzeitwahlkampf geführt hätten, hätten sich damit ihre eigene Prognose auf geringe Wahlchance erfüllt, wäre allerdings zu weitgehend. Denn die Wahlchancen sind naturgemäß ungleich verteilt. Bei Listenkandidaturen ist bereits der Listenplatz ein guter Indikator. Hinzu kommt der Unterschied zwischen denen, die zur Zeit ihrer Nominierung noch ‚für die Politik‘ und (noch) nicht ‚von der Politik‘ leben, um eine Formulierung des berühmten Soziologen Max Weber zu bemühen. Berufspolitiker sind hier eindeutig im Vorteil und müssen sich qua ihrer Rolle schon Vollzeit im Wahlkampf engagieren.

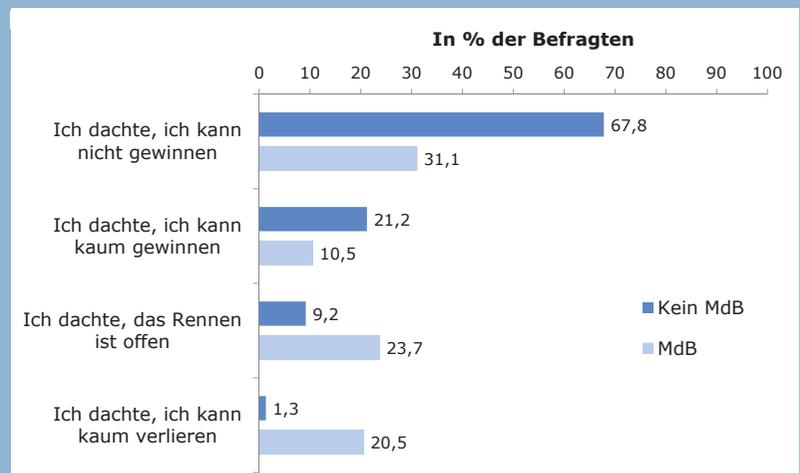
Dass es nicht allein das Engagement im Wahlkampf ist, das über die Wahlchancen entscheidet, zeigen die Antworten der Kandidatinnen und Kandidaten auf die Frage, welche Eigenschaften für den Wahlerfolg als sehr wichtig oder wichtig erachtet werden. Aus der Sicht der Befragten ist die individuelle Ausstrahlung der wichtigste Faktor, gefolgt von der Bürgernähe – zwei durchaus verwandte Charakteristika. Beide können im Zusammenhang mit einem zentralen Kriterium der Nominierungschance gesehen

Schaubild 6: Beginn des Vollzeitwahlkampfes



Quelle: GLES-Kandidatenstudie, Bundestagswahl 2009

Schaubild 7: Einschätzung, ein Mandat gewinnen zu können



Quelle: GLES-Kandidatenstudie, Bundestagswahl 2009

werden: die Fähigkeit, als Person Bürgerinnen und Bürger von sich und für die Partei zu überzeugen und so Stimmen gewinnen zu können. Auf den Plätzen drei und vier liegen allgemein der Charakter und der Sachverstand einer Kandidatin oder eines Kandidaten. Auch wenn die Kandidatinnen und Kandidaten Sachfragenkompetenz zwar als wichtig für die Nominierung ansehen, erscheint sie ihnen für den erfolgreichen Einzug ins Parlament von geringerer Relevanz. Diese unterschiedliche Beurteilung der Relevanz scheint in einem gewissen Spannungsverhältnis zu stehen.

Ob sich hieraus ableiten lässt, Sachverstand spiele zwar bei parteiinternen Entscheidungen eine Rolle, aus der Perspektive der Kandidatinnen und Kandidaten nicht jedoch in der Beurteilung der Wählerinnen und Wähler, ist nicht ausgemacht. Immerhin sind 60 Prozent der Meinung, er sei für den Wahlerfolg wichtig – aber eben nicht wichtiger als Ausstrahlung und Bürgernähe. Führungsstärke spielt aus der Sicht der Kandidatinnen und Kandidaten eine deutlich geringere Rolle; nur 48 Prozent erachten sie als wichtig für den Wahlerfolg (Schaubild 8).

Besonders hervorgehoben werden also eher Persönlichkeitseigenschaften, die auf Resonanz bei den Wählerinnen und Wählern abstellen. Ob das eine Personalisierung der Politik beinhaltet, kann dahin gestellt bleiben. Dass Politik nicht ohne Personen denkbar ist, unterstreicht, warum es diese Kriterien sind, die von den Kandidatinnen und Kandidaten als relevant angesehen werden.

4. Politische Repräsentation

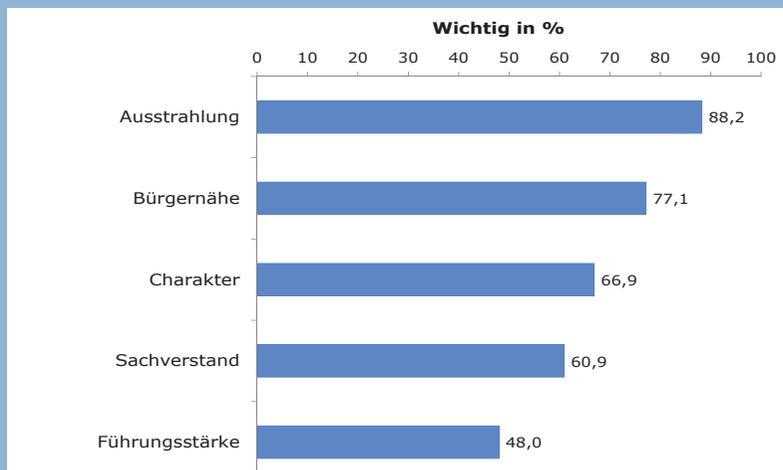
Welches Selbstverständnis haben die Kandidatinnen und Kandidaten zum Deutschen Bundestag in der Frage, wen eine gewählte

Abgeordnete bzw. ein gewählter Abgeordneter vertreten sollte? In einer Parteiendemokratie wie in Deutschland, die ein Wahlsystem hat, bei dem die Hälfte der Abgeordneten über die Parteilisten in den Bundestag einziehen und die andere Hälfte über die Wahlkreisstimme für eine bestimmte Person, die Abgeordneten aber nach dem Grundgesetz ‚Vertreter des ganzen Volkes‘ und frei in ihrer Entscheidung sind, ergeben sich eine Reihe von Möglichkeiten. Parteiendemokratie und Listenwahl sprechen für die Repräsentation der Parteiwählerinnen und -wähler, das Grundgesetz für die Vertretung des ganzen Volkes, und die Persönlichkeitswahl für die Vertretung der Bürgerinnen und Bürger im Wahlkreis.

Wie die Entscheidung der Kandidatinnen und Kandidaten in dieser Frage ausfällt, ist nicht trivial, entscheidet doch der Repräsentationsfokus, wem sich Abgeordnete besonders zuwenden sollen oder wollen. Damit ist ein je spezifisches Mandatsverständnis verbunden, das für ein je spezifisches Demokratiemodell steht. Wenn Parteien diejenigen sind, die von den Wählerinnen und Wählern ein Mandat für ihre Zielvorstellungen erhalten, dann sollte auch der Repräsentationsfokus entsprechend gewählt werden. Wenn Abgeordnete als Personen direkt von den Wählerinnen und Wählern beauftragt werden, dann sollte der Repräsentationsfokus weniger auf die Partei als auf die lokale Wählerschaft ausgerichtet sein. Wenn zwar die Vorstellung des Parteienmandats geteilt wird, aber die Unabhängigkeit im Vordergrund des Demokratieverständnisses steht, kann der Fokus weder parteilich noch regional, sondern nur zugunsten des ganzen Volkes ausfallen.

Trotz dieser Vielfalt an Optionen, die sich aus den verschiedenen Aspekten unseres politischen Systems ergeben, fällt die Orientierung der Kandidatinnen und Kandidaten sehr deutlich zugunsten eines nicht-parteilichen regionalen Fokus aus

Schaubild 8: Wichtige Eigenschaften für den Wahlerfolg



Die Wahlkreisbevölkerung steht in der Priorität, wen eine Abgeordnete oder ein Abgeordneter zu repräsentieren hat, ganz oben (Schaubild 9). Die Betonung liegt hier auf der Bürgerschaft im Wahlkreis, denn die Wahlkreiswählerschaft wird mit 20 Prozent von nur halb so vielen Kandidatinnen und Kandidaten an erster Stelle genannt. Mit einer deutlichen Differenz zu den 40 Prozent, welche erste Priorität auf die Wahlkreisbevölkerung legen, folgt mit 27 Prozent die Orientierung auf die gesamte Bevölkerung in Deutschland. Die Parteiwählerschaft steht nur bei 13 Prozent an erster Stelle und spezifische soziale Gruppen nur bei 5 Prozent.

Damit wird von zwei Dritteln ein Repräsentationsfokus an die erste Stelle gesetzt, der nichts mit politischen Parteien zu tun hat. Ein so deutlicher Abstand zwischen einem allgemeinen Bürger- und eines parteilichen Fokus ist angesichts der starken Rolle, welche die politischen Parteien für die politische Willensbildung, Wahlen und das Regieren haben, doch ein wenig überraschend.

Dabei macht es keinen Unterschied, ob die Frage an Personen gestellt wird, für die sie eher fiktiv ist, oder an gewählte Abgeordnete. Denn die gewählten MdBs unter den Kandidatinnen und Kandidaten weisen kein anderes Repräsentationsprofil auf.

5. Demokratie und ihre Defizite

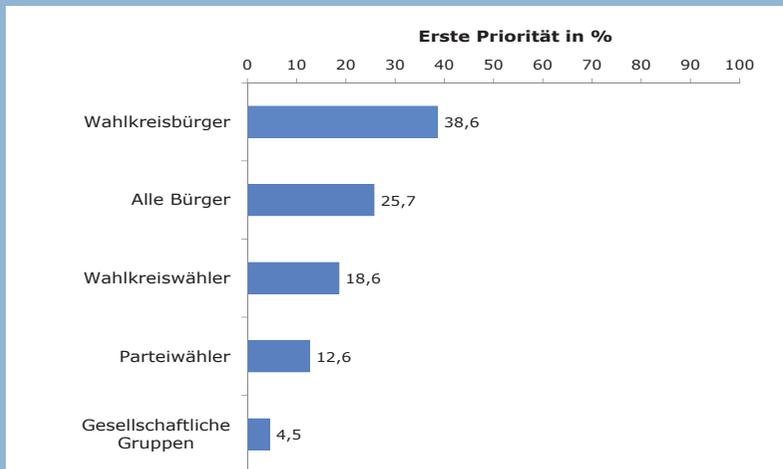
Wie beurteilen Kandidatinnen und Kandidaten zum Deutschen Bundestag das Funktionieren der Demokratie in Deutschland? Sind sie zufrieden oder nicht? Zunächst lässt sich allgemein festhalten, dass knapp drei Viertel von ihnen zufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland sind, wenn auch nur 12 Prozent sehr zufrieden sind (Schaubild 10). Ist das viel oder wenig, ist es genug oder ein Alarmsignal, dass ein Viertel nicht

zufrieden ist? Zunächst einmal ist festzustellen, dass die nicht gewählten Kandidatinnen und Kandidaten mit der Demokratie in Deutschland weniger zufrieden sind als die gewählten. Unter den MdBs ist der Anteil derjenigen, die sehr oder ziemlich zufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie sind, zehn Prozentpunkte höher (82 Prozent). Verglichen mit den Wählerinnen und Wählern in Deutschland, unter denen nur 56 Prozent zufrieden sind, liegen die Anteile bei den Kandidatinnen und Kandidaten, gleich, ob nicht oder doch gewählt, sehr viel höher. Was sagt das über den Zustand zur Zeit der Bundestagswahl aus? Ist die Lage besser als die Stimmung? Was ist wichtiger für die Demokratie – dass die Bürgerinnen und Bürger oder die „politischen Aktivisten“ mit ihr zufrieden sind? Mit den Mitteln unserer Umfragen ist einzig der Vergleich mit der Beurteilung des Funktionierens der Demokratie in der EU eine Möglichkeit, diese Befunde in Relation zu setzen.

Es kann festgehalten werden, dass das Funktionieren der Demokratie in der Europäischen Union nur von 40 Prozent der Kandidatinnen und Kandidaten als zufriedenstellend angesehen wird, also 60 Prozent mit ihrem Funktionieren nicht zufrieden sind. Relativ zur EU schneidet die deutsche Demokratie besser, aber eher wohl nicht hervorragend ab – insbesondere nicht bei ihren Bürgerinnen und Bürgern. Die Demokratie auf europäischer Ebene ist aus dieser Perspektive wohl immer noch als defizitär anzusehen. Angesichts der ihr auch im Zusammenhang mit der Eurokrise weiter zuwachsenden politischen Macht ist hier sicherlich ein Handlungsbedarf zu sehen.

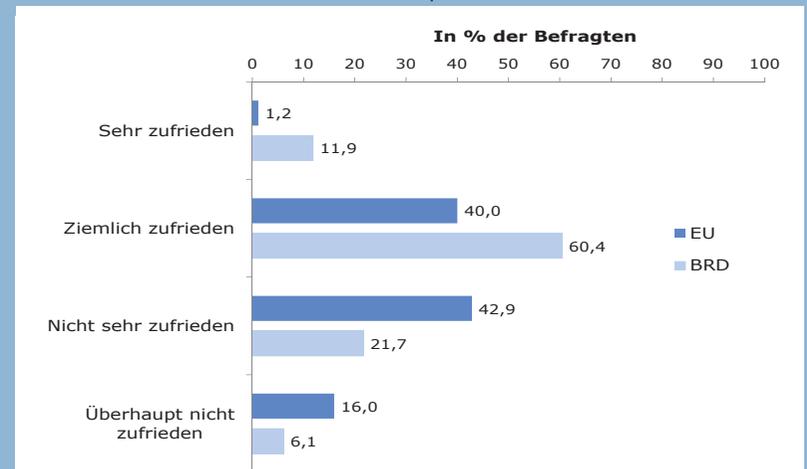
Auch das Bild, das die Kandidatinnen und Kandidaten von spezifischen Aspekten der Qualität der Demokratie in Deutschland haben, ist nicht ungetrübt. Dass Parteien die zentralen Vermittler zwischen Souverän und Staat sind, wie es ihnen Grundgesetz

Schaubild 9: Repräsentationsfokus für Abgeordnete aus der Sicht von Kandidatinnen und Kandidaten



Quelle: GLES-Kandidatenstudie, Bundestagswahl 2009

Schaubild 10: Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland und der Europäischen Union



Quelle: GLES-Kandidatenstudie, Bundestagswahl 2009

und Parteiengesetz zuschreiben, wird zwar von einer deutlichen Mehrheit geteilt, dass die Bürgerinnen und Bürger ausreichend Möglichkeiten zur Mitwirkung an politischen Entscheidungen haben, jedoch nur von wenig mehr als einem Drittel, und dass die Gesetzgebung die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung widerspiegelt, dem stimmen nur 30 Prozent zu.

Entsprechend deutlich urteilen die Kandidatinnen und Kandidaten zum Deutschen Bundestag auch zu knapp 70 Prozent, dass unsere Demokratie dabei ist, das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zu verlieren und eine deutliche Mehrheit, dass die Gesetzgebung zu sehr von den Interessen Weniger abhängt (Schaubild 11). Die in den Deutschen Bundestag eingezogenen Kandidatinnen und Kandidaten urteilen etwas positiver als die Gesamtkandidatenschaft. Zwei Drittel der MdBs sehen Parteien in der zentralen Vermittlerrolle, fast die Hälfte sehen genug Mitwirkungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger und etwas mehr als die Hälfte, dass die Gesetzgebung die Interessen der Bevölkerung widerspiegelt. Entsprechend gehen unter den Gewählten 13 Prozentpunkte weniger als im Durchschnitt der Kandidatinnen und Kandidaten davon aus, die Demokratie würde das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger verlieren und fast ein Viertel weniger, die Gesetzgebung hänge zu sehr von den Interessen Weniger ab.

Diese wahrgenommenen Defizite resultieren aber wohl weniger daher, dass die politischen Parteien ihre Aufgabe nicht erfüllen würden. Auch wenn etwas mehr als die Hälfte der Kandidatinnen und Kandidaten davon ausgeht, dass Demoskopen und Politikberater zu viel Einfluss auf Parteientscheidungen hätten, sind nur etwas mehr als ein Drittel der Ansicht, dass die Entscheidungen in den Parteien zu sehr von oben nach unten getroffen und die Parteibasis sich kaum Gehör verschaffen könne. So meint auch

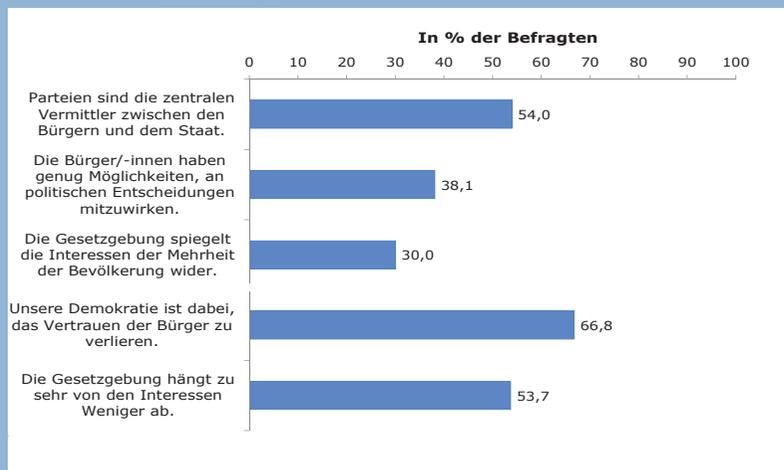
nur lediglich ein Fünftel, dass die jeweiligen Parteivorsitzenden zu mächtig sein (Schaubild 12). Diese Ansichten werden im Wesentlichen so auch von den Gewählten geteilt.

6. Reform von Parlament und Demokratie

Das generelle Urteil über die Demokratie in Deutschland fällt also recht positiv aus, wenngleich im Konkreten Defizite wahrgenommen werden, die allerdings aus der Perspektive der Kandidatinnen und Kandidaten kaum den politischen Parteien zugeschrieben werden können. Wo also sehen sie Ansatzpunkte für die Reduzierung von Defiziten und zur Verbesserung der Demokratiequalität? Wenn es nicht die politischen Parteien sind, die dafür verantwortlich gemacht werden können, dass die Gesetzgebung nicht die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung widerspiegelt und Bürgerinnen und Bürger nicht genug Möglichkeiten haben, an politischen Entscheidungen mitzuwirken, ergeben sich zwei Ansätze zur Reform: beim Deutschen Bundestag und bei den politischen Verfahren der Mitwirkung.

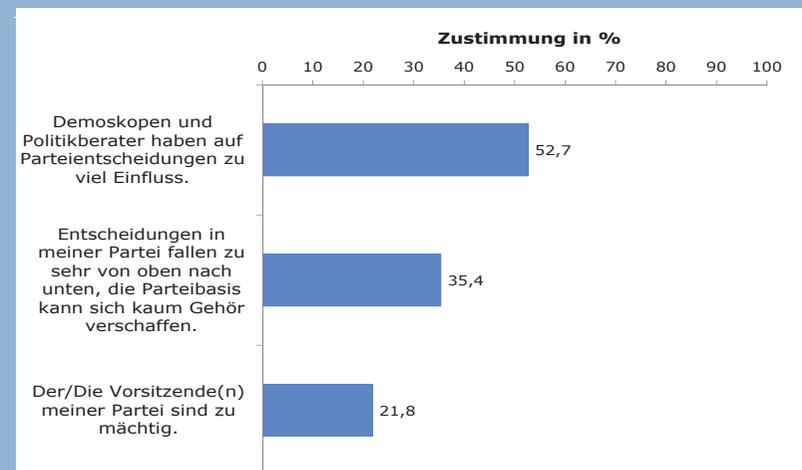
Hinsichtlich der Parlamente in westlichen Demokratien wird seit mehreren Jahrzehnten immer wieder ihr Machtverlust gegenüber der Exekutive diskutiert und recht häufig als Tatsache auch konstatiert. Angesichts der Regierung „zur gemeinsamen Hand“ zwischen Bundesregierung und Bundestagsmehrheit wird in diesem Zusammenhang häufig vom „Dilemma der Opposition“ gesprochen. Das Problem wurde auch schon vor der deutschen Vereinigung diskutiert und die Abgeordnetenbefragung 1988/89 enthielt bereits Fragen zur Notwendigkeit einer entsprechenden Parlamentsreform. Damals war knapp die Hälfte der Bundestags-

Schaubild 11: Beurteilung von verschiedenen Aspekten der deutschen Demokratie



Quelle: GLES-Kandidatenstudie, Bundestagswahl 2009

Schaubild 12: Beurteilung der innerparteilichen Demokratie



Quelle: GLES-Kandidatenstudie, Bundestagswahl 2009

abgeordneten für die Einführung einer uneingeschränkten Akteneinsicht bei den Ministerien. Unter den Kandidatinnen und Kandidaten zum Deutschen Bundestag 2009 sehen lediglich 36 Prozent diese Notwendigkeit. Auch hinsichtlich einer generellen Stärkung von Abgeordnetenrechten und der Kontrolle und Transparenz durch größere Öffentlichkeit fällt die Zustimmung zu entsprechenden Reformmaßnahmen unter den Kandidatinnen und Kandidaten heute sehr viel geringer aus (20 Prozent gegenüber 40 Prozent 1988/89). Aus diesem von den Kandidatinnen und Kandidaten eher als gering anzusehenden parlamentarischen Reformbedarf lässt sich schließen, dass auch hier nicht das Mittel zur Vermeidung der konstatierten Demokratiedefizite liegt (Schaubild 13).

Unter den gewählten Kandidatinnen und Kandidaten fallen die Anteile etwas anders aus: weniger von ihnen wollen uneingeschränkte Akteneinsicht (27 Prozent), öffentliche Ausschusssitzungen (9 Prozent), Direktübertragung der Ausschusssitzungen (7 Prozent), und, umgekehrt, zu einem höheren Anteil mehr Mitarbeiter für MdBs (14 Prozent).

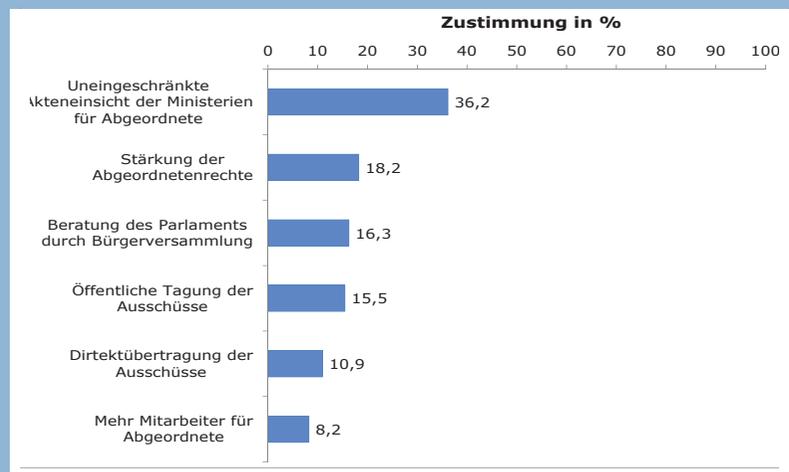
Wie sieht es mit den Verfahren der politischen Willensbildung und Entscheidung aus? Augenscheinlich wird hier das Potential, Missständen abzuwehren, ungleich stärker gesehen. So stimmen drei Viertel der Kandidatinnen und Kandidaten den Aussagen zu, dass Volksbegehren das politische Interesse der Bürgerschaft gegenüber der Politik und die Aufmerksamkeit der Politikerinnen und Politiker gegenüber der Bürgerschaft verstärken. Etwa zwei Drittel sind für die Einführung von Volksbegehren, um Volksabstimmungen herbeiführen zu können und dafür, dass Bürgerinnen und Bürger direkt über Sachfragen auf Bundesebene entscheiden können sollten. Entsprechend gehen weniger als 20 Prozent davon aus, dass Volksbegehren aufgrund von Unbedachtheit zu

schlechten Gesetzen führen. Damit soll aber, so zumindest die Hälfte der Kandidatinnen und Kandidaten, nicht das Primat des Parlaments gebrochen werden; das letzte Wort sollte immer noch beim Deutschen Bundestag liegen (Schaubild 14).

Die Antworten der gewählten Kandidatinnen und Kandidaten ergeben ein ähnliches Muster, allerdings mit jeweils niedrigeren Anteilen. Bezogen auf die positiven Urteile zu den Elementen direkter Demokratie liegt die Zustimmung jeweils zehn bis fünfzehn Prozentpunkte niedriger, dass das Parlament das letzte Wort haben sollte, unterstützen über 60 Prozent, dass Volksbegehren wenig durchdacht sind, knapp 30 Prozent der MdBs.

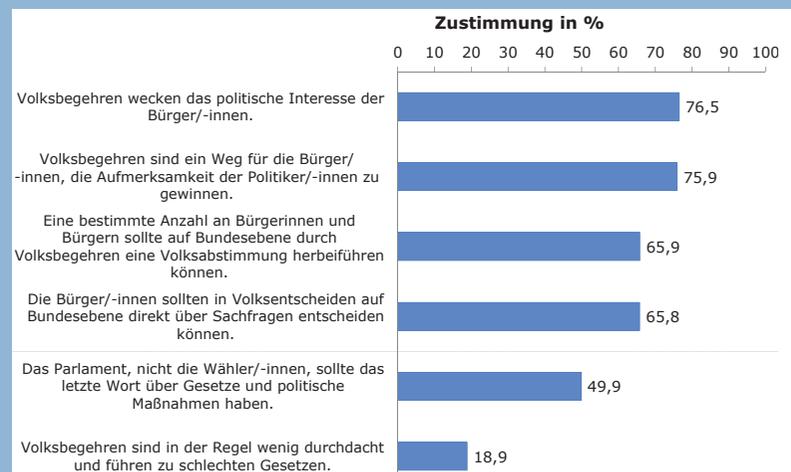
Dieser stark positiven Beurteilung direktdemokratischer Verfahren entspricht, dass auch für den innerparteilichen Willensbildungsprozess eine derartige Entwicklung gewünscht wird (Schaubild 15). So sind mehr als zwei Drittel der Kandidatinnen und Kandidaten dafür, dass alle Parteimitglieder (und nicht nur Delegiertenversammlungen) an der Auswahl aller Kandidatinnen und Kandidaten zum Deutschen Bundestag mitwirken sollen. Einer Ausweitung der Mitwirkungsrechte an innerparteilichen Willensbildungsprozessen auf Nicht-Parteimitglieder erteilt die große Mehrheit aber eine Absage. Gewählte stimmen etwas weniger einer Auswahl der Kandidatinnen und Kandidaten durch alle Parteimitglieder und noch deutlich weniger einer Öffnung der Willensbildung der Parteien für Nicht-Parteimitglieder zu.

Schaubild 13: Zustimmung zu Elementen einer Parlamentsreform



Quelle: GLES-Kandidatenstudie, Bundestagswahl 2009

Schaubild 14: Zustimmung zu Elementen direkter Demokratie



Quelle: GLES-Kandidatenstudie, Bundestagswahl 2009

7. Fazit

Die Kandidatinnen und Kandidaten zum Deutschen Bundestag gehören zu den „Aktivbürgern“ in der Bundesrepublik. Sie setzen sich dem politischen Wettbewerb in Nominierungsprozessen aus, nehmen die Bürde anstrengender Wahlkampfarbeit in Kauf und sind bereit, die Verpflichtungen, die mit dem Mandat einhergehen, zu erfüllen.

Sie nehmen dabei diese Bürde nicht primär deshalb in Kauf, um die eigene Karriere zu befördern, sondern das Mitwirken an und die Gestaltung von Politik steht bei ihnen im Vordergrund. Sie gehen diesen Weg primär aus Eigenmotivation heraus und verlieren trotz der starken politisch-inhaltlichen Motivation nicht aus dem Auge, dass – neben Sachfragenkompetenz – die Fähigkeit, Wählerinnen und Wähler für sich zu gewinnen, der wichtigste Grund für die Nominierung ist. Die Wahlkampfmittel, die von ihnen bei der Bundestagswahl 2009 eingesetzt wurden, verweisen auf die besondere Funktion von Wahlkämpfen über die Omnipräsenz der Massenmedien hinaus: Straßenwahlkampf und Hausbesuche einerseits, Möglichkeiten des Web 2.0 (Blog, Facebook, Youtube) andererseits, sind die am stärksten genutzten Mittel. Sie unterstreichen, dass es in Wahlkämpfen darum geht, Politik und Personen direkt nahe zu bringen und nicht um eine Einbahnstraße von der Kandidatin oder dem Kandidaten zur Bevölkerung. Der größte Teil engagiert sich – insbesondere in der Hochphase – Vollzeit im Wahlkampf.

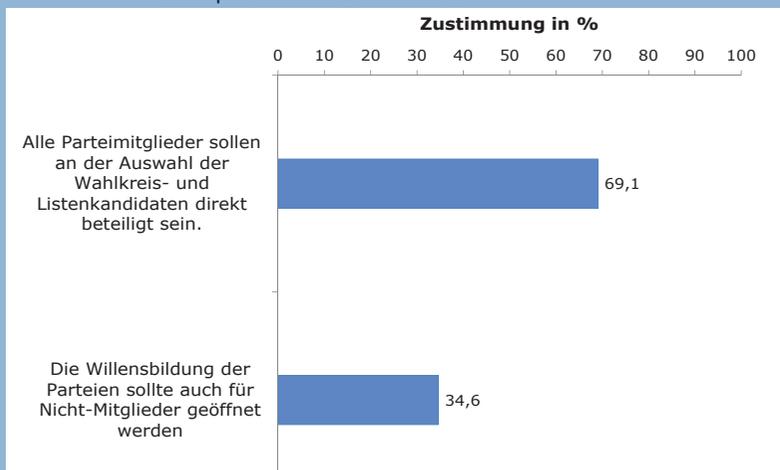
Dies geschieht trotz einer weitgehend realistischen Einschätzung relativ geringer Wahlchancen, die sie insbesondere durch solche Merkmale gesteigert sehen, die auf Persönlichkeitseigen-

schaften abstellen, welche eine Resonanz bei den Wählerinnen und Wählern erzeugen können.

Das von den Kandidatinnen und Kandidaten entstehende Bild ist damit eines, das im Bezug auf das Politische eher für eine inhaltlich-idealistische als eine instrumentell-strategische Orientierung und im Bezug auf das Ziel in einer Wahl, nämlich Mandate zu gewinnen, für eine recht realistische Perspektive zum Zusammenhang von Kandidateneigenschaften, Wahlkampfmitteln und Wahlchancen spricht. Das ist auch nicht wirklich überraschend, gehören doch die Kandidatinnen und Kandidaten zum Deutschen Bundestag zu den politisch interessierten und aufmerksamen Bürgerinnen und Bürgern.

Nicht zuletzt deshalb war es interessant, Urteile über Repräsentation und Demokratie in Deutschland zu beleuchten. Dieses Urteil ist abwägend: dem Funktionieren der Demokratie wird generell ein gutes Urteil ausgesprochen, allerdings nicht in jeder Hinsicht. Insbesondere mehr Mitwirkungsmöglichkeiten werden gefordert, ohne jedoch damit die Suprematie des Parlaments oder die Prinzipien innerparteilicher Willensbildung aufzugeben.

Schaubild 15: Zustimmung zu Elementen der Reform der innerparteilichen Demokratie



Anhang: Ausschöpfung und Repräsentativität der Befragung

Sämtliche Listen- und Direktkandidatinnen und -kandidaten der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien wurden eingeladen, an der Studie teilzunehmen. Es handelte sich dabei um insgesamt 2077 Kandidatinnen und Kandidaten von SPD, CDU, CSU, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke. Von diesen haben sich insgesamt 790 Kandidatinnen und Kandidaten (38 %) an der Studie beteiligt.

Wie repräsentativ ist die Auswahl der untersuchten Kandidatinnen und Kandidaten im Vergleich zur Grundgesamtheit? Um zu beurteilen, in wie weit die Kandidatinnen und Kandidaten, die sich an der Studie beteiligt haben die Grundgesamtheit abbilden, kann ein Blick auf Tabelle 1 geworfen werden. In dieser können unterschiedliche Charakteristika der Kandidatinnen und Kandidaten zwischen Teilnehmenden und Grundgesamtheit verglichen werden.

Tabelle 1: Charakteristika der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Kandidatenstudie 2009 im Vergleich zu sämtlichen Kandidatinnen und Kandidaten

Charakteristika	Verteilung der Teilnehmer/-innen (in %)	Verteilung sämtlicher Kandidaten/-innen (in %)
<i>Modus der Kandidatur</i>		
Parteiliste	26	28
Wahlkreis	23	20
Parteiliste und Wahlkreis	51	52
<i>Mitglied des Deutschen Bundestages</i>		
Mitglied	25	30
Nichtmitglied	75	70
<i>Parteizugehörigkeit</i>		
CDU/CSU	21	26
SPD	20	22
FDP	19	18
Bündnis 90/Die Grünen	20	16
Die Linke	18	18
<i>Geschlecht</i>		
weiblich	31	32
männlich	69	68
Alter in Jahren (Mittelwert)	46	47
Anzahl (absolut)	790	2077

Publikationen aus dem Kontext der GLES und zur Bundestagswahl 2009



Evelyn Bytzek, Sigrid Roßteutscher (Hg.)

DER UNBEKANNTE WÄHLER?

Mythen und Fakten
über das Wahlverhalten der Deutschen

campus

Bytzek, Evelyn/Sigrid Roßteutscher (Hrsg.), 2011: Der unbekannte Wähler? Mythen und Fakten über das Wahlverhalten der Deutschen, Frankfurt am Main: Campus.



Rattinger, Hans/Sigrid Roßteutscher/Rüdiger Schmitt-Beck/Bernhard Weßels u.a., 2011: Zwischen Langeweile und Extremen: Die Bundestagswahl 2009. Baden-Baden: Nomos.



Schmitt-Beck, Rüdiger (Hrsg.), 2012: Wahlen in Deutschland. 45. Sonderheft der PVS. Baden-Baden: Nomos.

Impressum

German Longitudinal Election Study (GLES)
www.gles.eu

gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG)

Projektteam der Kandidatenstudie:

Heiko Giebler, Wissenschaftszentrum Berlin (WZB)
Prof. Thomas Gschwend, PhD, Universität Mannheim
Sara Schlote, Wissenschaftszentrum Berlin (WZB)
Prof. Dr. Hermann Schmitt, Universität Mannheim/MZES
Meike Vollmar, Universität Mannheim/MZES
PD Dr. Bernhard Weßels, Wissenschaftszentrum Berlin (WZB)
Dr. Andreas Wüst, Universität Mannheim/MZES
Prof. Dr. Thomas Zittel, Universität Frankfurt a.M.

Kontakt:

PD Dr. Bernhard Weßels

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung
Abteilung ‚Demokratie‘
Reichpietschufer 50
10785 Berlin

wessels@wzb.eu

Layout:

Ingeborg Weik-Kornecki

Druck:

SDT – Satz und Druckteam, Bochum